

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Mittl. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngen, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüngen, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 170.

60. Jahrgang.
Freitag, den 25. Juli

1913.

Die Kriegs- und Friedensfragen.

Doch nicht ganz so schnell, wie man im Anfang dieser Woche glauben wollte, vollzieht sich der Abschluss des Friedens zwischen den Balkanstaaten. Zunächst wird immer noch von serbischer Seite der Krieg fortgesetzt. Nach zweitägigem Kampfe haben nämlich die Serben den Ort Belogradschit eingenommen. Dann aber auch ist man sich noch nicht darüber völlig im Reinen, wo der Friede abgeschlossen werden soll. Die Rumänen wünschen, daß Bukarest der geeignete Ort sei, in dem die Friedensverhandlungen geführt werden möchten, sodaß in Sinai wohl nur über einen Waffenstillstand verhandelt werden dürfte, worauf die Friedensdelegierten sich dann in die rumänische Hauptstadt zu begeben hätten. Es wird ge-
drachtet:

London, 23. Juli. In ihrer letzten Sitzung haben die Boten der Mächte offiziell die Frage einer Aenderung des Friedensvertrages beraten. Die Konferenz, in der diese Aenderung beraten werden soll, soll in Bukarest stattfinden. Sir Edward Grey wünscht, jedoch, da er übermüdet sei, daß die Konferenz in London abgehalten wird. Deutschland soll sich auch dafür ausgesprochen haben, London als Ort der Konferenz zu wählen.

Bukarest, 23. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags und während der verflochtenen Nacht sind die Antworten Bulgariens und Serbiens auf den letzten rumänischen Vorschlag ungetroffen. Beide Regierungen nehmen den Standpunkt Rumäniens ein, wonach die Friedensverhandlungen auf rumänischem Boden stattfinden sollen.

Kunmehr werden auch die Bedingungen bekannt, unter denen Bulgarien den Frieden abschließen möchte: Athen, 23. Juli. Wie die „Times“ erfährt, werden die bulgarischen Unterhändler bei Beginn der Verhandlungen eigene Vorschläge machen, und zwar: 1. An Griechenland wird Saloniki abgetreten mit einem Hinterlande, das bis Serres einschließlich reicht. 2. Bulgarien verzichtet auf den Teil Westmakedoniens, der westlich der Struma liegt. Die Struma bildet die Grenze bis Tsagefi. 3. Kavalla verbleibt Bulgarien, desgleichen das Gebiet östlich davon. 4. Bulgarien zahlt keine Kriegsschuldigung. 5. Bulgarien lehnt die Verpflichtung zur Entschädigung für den materiellen Schaden ab, der in den Städten und Dörfern östlich Makedoniens von den Bulgaren angerichtet wurde, indem es bestrittet, daß die bulgarische Armee dafür verantwortlich ist. Die Haltung der Verbündeten gegenüber diesen Vorschlägen ist im voraus klar.

Und nun folgt noch eine kleine Ueberraschung. Zu allem Ueberflusse sollen nun auch zwischen Serben und Griechen sich Unstimmigkeiten breit machen, so daß vielleicht abermals neue Schwierigkeiten entstehen können:

Bukarest, 23. Juli. Zwischen Griechenland und Serbien scheinen sich Mißverständnisse eingeschlichen zu haben. Sollte sich dies bestätigen, und eine gemeinsame Behandlung des Friedens unmöglich erscheinen, trotz des guten Willens Bulgariens, das sich der diesbezüglichen Forderung Rumäniens unterworfen hat, so dürfte Rumänien mit Bulgarien auch eventuell allein Frieden schließen, wonach auch der serbisch-griechisch-bulgarische Frieden mit Beteiligung Rumäniens gleichfalls in Bukarest verhandelt werden müßte. Der Eindruck des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ ist der, daß in diesem Falle die rumänische Armee in Bulgarien solange bleiben würde, bis der endgültige Friede geschlossen ist. Dies liegt auch im wohlverstandenen Interesse Bulgariens.

Ungeheurer Jubel herrscht in Konstantinopel über die Wiedereinnahme Adrianopels, die ja nun, wie wir schon gestern meldeten, amtliche Bestätigung gefunden hat:

Konstantinopel, 23. Juli. In der tieflichen Hauptstadt, die anlässlich der Verfassungsfeier festlich geschmückt ist, herrscht Jubel über die Wiedereinnahme von Adrianopel. Die Verkündung der Besetzung durch die türkische Armee aus der „Tanin“ erwartet, daß Europa das fait accompli anerkennen werde; nur mit Gewalt könnten die Türken zum Verlassen Adrianopels gezwungen werden.

Konstantinopel, 23. Juli. Der Sultan hat dem Generalissimo ein Telegramm übermitteln lassen, worin er seiner Freude über die Einnahme von

Adrianopel und kirchliche Ausdruck gibt, der Armee seine Grüße sendet, und Billigkeit und Gerechtigkeit gegenüber allen Untertanen ohne Unterschied der Religion anempfiehlt.

Es sieht allerdings keineswegs darnach aus, daß die Mächte dem „fait accompli“, also der vollendeten Tatsache, teilnahmslos gegenüber stehen werden. Im Gegenteil werden vor allem wohl Frankreich und Rußland dem Mann am goldenen Horn energisch auf die Finger klopfen. Ist doch bereits eine Weidung eingelaufen, nach der Rußland wieder mobilisiert:

London, 23. Juli. Aus Odesa wird gemeldet, daß die Verwaltung der bessarabischen Bahn und der Donaubahn von der russischen Regierung die Weisung erhielt, Linien und Material bis auf Weiteres zur ausschließlichen Verfügung der militärischen Behörden zu halten. Das Material soll für den Transport von Truppen verwendet werden. Weiter wird gemeldet, daß drei Divisionen der Kaukasusarmee an der anatolischen Grenze zusammengezogen seien.

Wien, 23. Juli. Der „Neuen Freien Presse“ telegraphiert man aus Sofia: Bestren unternahmen sämtliche Großmächte energische Schritte in Konstantinopel. Besonders der französische Botschafter wies mit Nachdruck auf die Folgen hin, welche entstehen könnten, wenn die Türkei auf ihrem Standpunkte beharre. Seine Worte waren fast in demselben Tone gehalten. Demselben Blatt telegraphiert man aus Bukarest: Wie ich erfahre, hat die türkische Regierung bei der Regierung Rumäniens interveniert, damit diese bei den Friedensverhandlungen in Bukarest für die Festsetzung einer Grenze zugunsten der Türkei eintrete. Die rumänische Regierung gab eine entschieden ablehnende Antwort.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Thorner Landesverratsprozess. Das Thorner Kriegsgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Unteroffizier Otto Lechow (Emil Tich) vom 21. Infanterieregiment wegen vollendeten und versuchten Verbrechens gegen das Reichsgesetz, betreffend Verrat militärischer Geheimnisse, Fahnenflucht, militärischen Diebstahls, Betrugs, Preisgabe von Dienstgegenständen und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu acht Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere, Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, Degradation und Versezung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Der Diebstahl im Spandauer Artilleriedepot. Der Diebstahl im Spandauer Artilleriedepot, wo, wie erinnert, vor einiger Zeit wichtige Konstruktionszeichnungen eines Geschützes gestohlen wurden, hat die Militärbehörde veranlaßt, in den Militärwerkstätten und den anderen Instituten der Heeresverwaltung in Spandau verschärfte Maßregeln zur Sicherung der Fabrikgeheimnisse und zur Verhinderung von Spionage zu treffen. Die entwendeten Geschützzeichnungen sind, wie man annimmt, ins Ausland geschafft worden. Als Täter kommt ein ehemaliger Oberfeuerwerker in Spandau in Betracht, der sich schon seit mehreren Jahren in Bivallstellung befand, aber seit dem Spionagefall aus Deutschland spurlos verschwunden ist. Er ist verheiratet und hat seine Familie zurückgelassen.

Polnische Straßentünder in Posen. Am letzten Sonntag fand in Posen wieder einmal ein großer Polentravall statt. Am Mickiewicz-Denkmal wurde am Vormittag ein Kranz mit einer großen roten Schleife niedergelagt — aus welcher Veranlassung ist noch nicht bekannt —, und als die Polizei die Entfernung dieser Schutze vornahm, kam es nach dem Gottesdienst zu großen Menschenansammlungen vor dem Mickiewicz-Denkmal. Über zwanzig Schuppleute wurden in der Nähe postiert, um Ausschreitungen zu verhindern. Die polnische Menge begleitete alle Maßnahmen der Polizei mit ohrenbetäubendem Geseife und Gejohle; es hießen die Ärgsten polnischen und deutschen Schimpfworte („Deutsches Schwein“, „preußischer Polizeihund u. s. w.“) gegen

die Schuppleute. Rufe, wie „Es lebe Polen“, erschallen natürlich auch, ja es kam sogar zu Tätlichkeiten. 12 Personen, die nach dem amtlichen Bericht „den Anordnungen der Polizeibeamten nicht Folge leisteten, diesen vielmehr Widerstand entgegensetzten, sie zum Teil auch tätlich angriffen, und beleidigten“, mußten festgenommen werden.

Der Bund der Industriellen und das neue Patentgesetz. Ueber die Stellungnahme des Bundes der Industriellen zu den von der Reichsregierung veröffentlichten Entwürfen eines neuen Patentgesetzes, eines Gebrauchsmuster- und eines Warenzeichengesetzes wird zunächst der vom Bund der Industriellen gebildete „Ausschuß für gewerblichen Rechtsschutz“ in den nächsten Wochen beraten. Vor allem werden diese Beratungen sich auf die veränderten Bestimmungen über die Erfindungen der Angestellten im neuen Patentgesetz, auf die Herabsetzung der Patentgebühren, auf den Ausübungszwang, auf wesentliche Änderungen des Warenzeichengesetzes erstrecken. Voraussichtlich wird auch die in den Tagen vom 10. bis 12. September in Leipzig stattfindende Generalversammlung des Bundes der Industriellen diese Fragen behandeln.

Oesterreich-Ungarn.

Um das Redaktionsgeheimnis. In Ungarn hat ein Richter ein sehr bemerkenswertes Urteil über die Bedeutung des Redaktionsgeheimnisses gefällt. In Nagyszalota in Ungarn war in einem Ehescheidungsprozess der Journalist Rudolf Jarago als Zeuge geladen. Dieser betrug sich in der Verhandlung auf das Redaktionsgeheimnis. Der Bezirksrichter von Arad, Sinnay, erklärte hierauf, das Redaktionsgeheimnis müsse genau so gewahrt werden, wie das Amtsgeheimnis und enthub den Journalisten von der Pflicht der Zeugenaussage.

Frankreich.

Eine Rede Poincarés. Bei einem Bankett, das die Handelskammer in Le Havre dem Präsidenten Poincaré gab, hielt der Präsident eine Rede, in der er die Fortschritte hervorhob, die durch den Hafen von Havre gemacht worden seien. Die Einwohner verkennen nicht, daß das Aufblühen ihrer Stadt, wie dasjenige des ganzen Landes von dem allgemeinen Frieden abhängt. Poincaré fügte hinzu, wenn sie auch jeden kriegerischen Gedanken weit von sich weisen, sehen sie doch klar, daß bei der igeigen Verteilung der europäischen Machtverhältnisse ein starkes und gut bewaffnetes Frankreich ein wesentliches Element des Gleichgewichts und der Stabilität ist. (Beifall.)

Soldatenausschreitungen im Manöver. Bei dem gegenwärtig in der Umgebung von Poitiers unter Leitung des Generals Gallieni stattfindenden Manöver kam es zu bedauerlichen Ausschreitungen einiger Soldaten, die unter den Ermüdungen besonders litten; sie murksten über die ihnen zugemuteten Anstrengungen. Einer von ihnen verfaßte seine Kompanie zur Meuterei anzuzetteln. In einer Ruhepause wies er mit der Hand auf das Feldzeichen des Regimentes hin und rief aus: „Ist es nicht schändlich, sich wegen dieses Lumpens abzuschlagen!“ Dem Hauptmann kam diese Ueberspannung zu Ohren. Der Mann wurde von vier Soldaten festgenommen; er sieht seiner Beurteilung vor dem Kriegsgericht entgegen.

Belgien.

Internationale Kinderschuttkongress. Am Mittwoch vormittag ist in Brüssel durch den Justizminister der erste internationale Kinderschuttkongress, auf dem 35 Staaten offiziell vertreten sind, eröffnet worden.

Portugal.

Erste Bedeutung der Vorgänge in Portugal? Von der portugiesischen Grenze wird gemeldet, daß die neue revolutionäre Bewegung in Portugal von großer Bedeutung sei. Die Republikaner selbst betrachten die jetzige Lage als äußerst kritisch.

Amerika.

Er mordete Amerikaner in Mexiko. Nach einer Meldung der „Evening Sun“ sind sechs Amerikaner in Mexiko ermordet und zwanzig gefangen genommen worden.